

Newsletter des Europainstituts Basel, seines Fördervereins und seiner Alumni Association

Europainstitut Basel, Gellertstrasse 27, 4020 Basel, Tel: 061 317 97 67, www.europa.unibas.ch



Europäische Geburtstagsgedanken

Georg Kreis, Leiter des Europainstituts der Universität Basel

Es war schwer, sich dem Spektakel des Eurovision Song Contests zu entziehen. Auch wenn man nicht hingeschaut (und gehört) hat, weiss man für einen kurzen Moment, welche «Mannschaft» gesiegt hat. Für zwei andere Europa-Ereignisse würde man sich gleichviel Aufmerksamkeit wünschen.

Zum einen den Wahlen ins Europäische Parlament, an der rund 500 Mio. EU-Bürgerinnen und Bürger (minus die noch nicht Volljährigen) in den kommenden Tagen (zwischen dem 4. und 7. Juni) teilnehmen können. Der Wahlausgang wird auch für uns indirekt von Bedeutung sein. Eigentlich schade, dass man sich daran nicht beteiligen kann.

Das andere Ereignis liegt bereits hinter uns und ist von den wenigsten zur Kenntnis genommen worden. Der Europarat hat am 5. Mai seinen 60. Geburtstag erlebt. Bedenkt man, welches die möglichen und unmöglichen Jubiläen und sonderbaren Dezimaleinheiten sind, die ständig zelebriert werden, erstaunt es schon, dass dieses Jubiläum nicht mehr Aufmerksamkeit bekommen hat.

Woran mag dies liegen? Drei Antworten stehen wohl im Vordergrund: 1. Der Europarat steht im Schatten der Europäischen Union. 2. Der Europarat ist zu bescheiden. 3. Die Leistungen des Europarats werden zu wenig geschätzt.

Nebengebilde

Der Europarat wird heute als wenig be-

deutendes Gebilde neben der wichtigeren EU gesehen. Er ist allerdings das ältere Gebilde und umfasste stets mehr Mitglieder als die EU. Der bereits von Churchill 1946 geforderte Europarat konnte aber speziell aus Rücksicht auf die Briten nur als rein intergouvernementale Institution geschaffen werden, er war, ist und bleibt mit wenig Kompetenz für weiche Politikfelder (Kultur, Soziales, Demokratie, Menschenrechte etc.) zuständig. Die Militärpolitik ging an die NATO und WEU, die Wirtschaftspolitik an die EGKS und EWG. Anfänglich erhofften einige (unter ihnen auch der bekannte Schweizer Denis de Rougemont), dass aus den Beratungen des Europarat eine europäische Verfassung hervorgehen werde. Vergeblich.

Bescheidenheit

Ob der Europarat für seine Verhältnisse wirklich bescheiden ist, soll offen bleiben. Den 60. Geburtstag der Römischen Verträge (EWG/EAG) wird man 2017 sicher mit mehr Aufwand begehen. Schon früher hatte der Luxemburger Regierungschef Jean Claude Juncker erklärt: «Ich hätte gerne etwas weniger Minderwertigkeitskomplexe beim Europarat und etwas mehr Bescheidenheit bei der EU.» (NZZ vom 12. April 2006).

Sicher könnte der Europarat seine «guten Produkte» besser sichtbar machen: Der in seinem Zuständigkeitsbereich 1959 gegründete Gerichtshof für Menschenrechte (nach der Konvention von 1952) ist zwar ein bekanntes Paradeprodukt des Europarats. Kaum bekannt

sind dagegen dessen Beiträge zur Entwicklung des europäischen Rechtsraumes mit seinen über 200 Konventionen und über 10000 bilateralen Verträgen. Viel zu wenig beachtet sind sodann die Monitoring-Berichte zur Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Qualität der Mitgliedstaaten. Dazu gehört auch die Arbeit der ECRI (European Commission Against Racism and Intolerance).

Verkennung

Die zu geringe Bedeutungsbeimessung mag einerseits, wie gesagt, mit der Soft-Natur der Themen zusammenhängen und andererseits mit der Tatsache, dass viele der Themen voll in der nationalen Kompetenz geblieben sind. Der Europarat hat nach der Wende von 1989 bei der Heranführung mittel- und zentraleuropäischer Ländern an westeuropäische Normen unschätzbare Verdienste erworben (kontinentaler Brückenschlag). In ähnlicher Weise ist der Europarat auch gegenüber Russland, den Kaukasusstaaten und der Türkei engagiert.



Europainstitut der Universität Basel
Gellertstr. 27
Postfach, 4020 Basel

Speziell in der Schweiz dürfte die Wertschätzung des Europarats etwas grösser sein, weil er (neben der schwach gewordenen OSZE) für das Nicht-EU-Mitglied das Fenster zu Europa ist. Bekanntlich hat die Schweiz mit ihrem Beitritt lange gezögert und befürchtet, dass eine Mitgliedschaft unerwünschte politische Implikationen mit sich bringen könnte. Sie trat nach einer dreijährigen Phase mit Beobachterstatus erst 1963 bei und hat inzwischen eigentlich nur gute Erfahrungen gemacht. Mit Hans-Peter Furrer stellte die Schweiz längere Zeit den Direktor für Politischen Angelegenheiten. Eine wichtige Rolle spielte Nationalrat Dick Marty (FDP) in der Aufdeckung der amerikanischen Foltergefängnisse in Europa. Und ein anderer Schweizer, Andreas Gross, ist seit 15 Monaten Fraktionschef der Sozialdemokraten. Er hat dafür gesorgt, dass der 60. Geburtstag des Europarats nicht gänzlich unbeachtet geblieben ist (vgl. den Artikel in der

NZZ vom 5. Mai 2009, S. 7).

Aktueller Konflikt

Demnächst (soll als Nachfolger für den britischen Labour Terry Davis) ein neuer Generalsekretär gewählt werden. Weniger an den vorgeschlagenen Personen als an deren Profil und noch mehr an den Wahlmodalitäten ist eine heftige Diskussion entbrannt. Ohne dass die bisher übliche Mitberatung zuvor stattgefunden hat, wollen die 47 Minister des Europarats (bzw. deren Botschafter) einen Zweivorschlag - Thorbjörn Jagland (Norwegen, z.Z. dessen Parlamentspräsident) und Włodzimierz Cimoszewicz (Polen), beides Sozialisten - unterbreiten, aus dem dann einer von den 318 Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung ausgewählt werden soll. Die «Legislative» will indessen auch zwischen zwei zusätzliche Nominierungen aus den eigenen Reihen aus-

wählen können und darum auch den Belgier Luc van den Brande (Fraktionsvorsitzender der Christlichdemokraten) und den Ungarn Mathias Eörsi (Chef der liberalen Fraktion) in Vorschlag bringen.

Damit ist einerseits ein Machtkampf zwischen den beiden Seiten des Europarats verbunden, andererseits aber auch die vom Ministerrat verfolgte Absicht, mit den beiden vorgeschlagenen ehemaligen Regierungschefs und Aussenminister dem Europarat mehr Gewicht zu geben, damit er sich gegenüber der EU besser zu behaupten weiss. Wer wollte - an sich - dem nicht zustimmen? Ob die Tagesmedien über den Konflikt und seinen Ausgang berichten werden? Und ob dann das auch wahrgenommen und gelesen werden wird? Und wird auch hier, wie so oft in Europafragen, nur die fragwürdige Seite von Vorgängen gesehen, während es doch stets - und auch in dieser Frage - positive Aspekte gibt?

Die Türkei nach den Kommunalwahlen



Zwischen Islam und Ultrationalismus? Die Türkei nach den Kommunalwahlen vom März 2009

Öffentlicher Vortrag von Dr. Kerem Öktem am 8. Mai 2009 an der Universität Basel

Irmak Gülistan, Studentin am Europainstitut der Universität Basel

Dr. Kerem Öktem beschäftigt sich mit der Frage, wie und wohin sich die Türkei zwischen Islam und Ultrationalismus bewegt und analysiert diese Fragestellung anhand der Kommunalwahlergebnisse vom März 2009. Er vertritt die These, dass in der Türkei durch die Islamisierungsbestrebungen seit dem Militärputsch von 1980 ein Übergang von einem „modern-kemalistischen“ zu einem „post-modern-islamischen“ Hegemonialmodell stattfindet, obwohl beide Modelle autoritäre Einschränkungen individueller Freiheiten aufweisen. Die politischen und gesellschaftlichen Regelungen dieses „post-modern-islamischen“ Modells werden durch die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei

(AKP) eingeführt. Das kemalistische Modell war nicht mehr fähig die Türkei in das Europa des 21. Jahrhunderts heranzubringen und den Bedürfnissen dieser kulturell, ethnisch und religiös vielfältigen Gesellschaft nachzukommen. Nur die türkischen und sunnitisch-islamischen Identitätseigenschaften wurden akzeptiert und die kulturellen Identitäten wie beispielsweise die der Kurden wurden geleugnet. Gesellschaftliche Gruppen wie die revolutionäre Linke, der politische Islam und die kurdische nationale Bewegung leisteten Widerstand gegen dieses Vorgehen. Der politische Islam hat sich in der Gesellschaft am weitesten etabliert und begann das „modern-kemalistische“ Hegemonial-

modell allmählich abzulösen. Im „post-modern-islamischen“ Modell wurde das Potential gesehen, europäischen und liberalen Aufschwung in der Wirtschaft zu erreichen (Calvinismusargument) und die Demokratisierung und Modernisierung des Landes zu beschleunigen, damit ein Vorbild für die islamisch-arabische Welt entsteht (Demokratisierungs- und Modernisierungsargument). Anhand des aktuellen politischen und alltäglichen Geschehens vertritt Öktem aber die These, dass dies nur teilweise zutrifft.

Die politische Beteiligung des religiös-sunnitischen Bevölkerungsteils, der im kemalistischen Modell an den Rand

Die Türkei nach den Kommunalwahlen

gedrängt worden war, wurde erhöht und ihre Werte teilweise modernisiert. Die politische und kulturelle Marginalisierung anderer Gruppen wurde aber fortgesetzt. Trotz der Anerkennung ethnischer und religiöser Vielfältigkeiten wurden die Rechte der Kurden, Alewiten, nicht-religiösen, nicht-Muslime und Randgruppen weiterhin verletzt. Beispiele für mangelnde Demokratie und Menschenrechte sind das Verbotverfahren gegen die kurdische Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP), die Gewaltanwendung der Polizei während der 1. Mai-Demonstrationen und die Inhaftierung kurdischer Kinder aufgrund des Anti-Terrorgesetzes.

Die politische Macht wurde dezentralisiert und in zivilgesellschaftlichen Organisationen wie religiösen Gemeinschaften und Studentenorganisationen platziert und so konnte bedeutender wirtschaftlicher Aufschwung in den Städten der Zentral-Türkei wie Kayseri und Konya erreicht werden. Es wird jedoch in diesen Organisationen und Unternehmen ein charismatischer und paternalistischer Führungs- und Organisationsstil angewendet. So werden zum Beispiel die Arbeitnehmer nicht gewerkschaftlich organisiert und oft nicht sozial versichert. Obwohl sie gute soziale Dienste leisten, die Pluralität betonen, den interkulturellen Dialog und interreligiösen Austausch und die Toleranz fördern, finden diese Anwendungen im alltäglichen Leben nicht wirklich statt. Mit islamischen Wert- und Moralvorstellungen werden Identitätsnormen vorge-schrieben und ein familienfreundlicher „islamisch-sunnitisch-geprägter öffentlicher“ Raum und Lebensstil geschaffen. Diese Ordnung wird von den Anhängern der Gemeindeorganisationen und Bruderschaften sowie der staatlichen Stellen insbesondere der Polizei hergestellt. Wer nicht mitmacht, kann bestraft werden. Eine Studie konnte belegen, dass die ira-

nischen homosexuellen Flüchtlinge in der Stadt Kayseri Intoleranz und sozialen Druck erleben, sie werden verbal und physisch bedroht und angegriffen. Die Studie von Binnaz Toprak (2008) konnte zeigen, dass beispielsweise die nicht religiösen Sunniten, die einen säkularen Lebensstil bevorzugen, ausgegrenzt und sozial kontrolliert werden. In den Städten wie Kayseri und Konya werden in öffentlichen Räumen mit Ausnahme von einigen internationalen Hotels Alkoholverbote eingeführt und während der Fastenzeit des Ramadans werden Restaurants geschlossen. In einzelnen Stadtteilen in Istanbul, Ankara, Denizli, Kayseri und Urfa werden beispielsweise Parks und Restaurants weitgehend den Familien vorbehalten, junge Paare werden ausgeschlossen. Im Stadtbezirk Keciören in Ankara, welcher als Familienbezirk bezeichnet wird, wurde ein Alkoholverkäufer von jungen Männern physisch angegriffen, welche Verbindungen zum Bürgermeister hatten. Mit dem Konzept des familienfreundlichen öffentlichen Raumes wurde die Roma-Stadt von Sulukule in Istanbul neu erbaut und der Grossteil der Bewohner wurde vertrieben. Die Transsexuellen im Viertel Tarlabasi in Istanbul wurden wegen Prostitution vertrieben.

Trotz bedeutender Reformen des Zivilrechts sind diese Ereignisse Beweise dafür, dass die AKP ein konservatives Gesellschaftsmodell vorantreibt, welches mit den liberal-demokratischen europäischen Normen nicht in Einklang steht. Anhand der Kommunalwahlergebnisse vom März 2009 kommt Öktem zum Schluss, dass diese eine Niederlage für die Durchsetzung dieses hegemonialen „post-modern-islamischen“ Gesellschaftsmodells bedeuten. Die Republikanische Volkspartei (CHP) hat zumindest in den Innenbezirken von Istanbul und in den Städten der Ägäis und der Mittelmeerküste einen Vorsprung er-

zielt und die kurdische Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP) hat alle kurdischen Städte erobert. Parteien wie die CHP stellen keine Alternative dar, solange sie sich nicht zu einer pluralistisch liberalen Partei umwandeln, welche den multikulturellen Charakter des Landes als positive Eigenschaft einstufen und sich mit einem überzeugenden Parteiprogramm für die Lösung der politischen Konflikte sowie für Wohlstand, Gerechtigkeit und Freiheit in der Gesellschaft einsetzen.

Gegen die ultranationalistische Bewegung „Ergenekon“ läuft zurzeit ein Prozess und in der Anklageschrift wird diese als terroristisch bezeichnet. Sie wird wegen Putschplänen gegen die demokratisch gewählte Regierung Erdogans beschuldigt. Ebenso wird sie für Tausende von Morden in den kurdischen Gebieten und für die politisch motivierte Ermordung der Journalisten Ugur Mumcu (1993) und Hrant Dink (2007) sowie des italienischen Priesters Andrea Santoro in Trabzon (2006) und für die brutale Tötung von Christen in Malatya (2007) verantwortlich gemacht. Die Mitglieder dieser Organisation sind Angehörige des Militärs, der Universitäten und der Medien und wurden nach und nach verhaftet. Die Meinungen in der Öffentlichkeit zu diesem Prozess gehen auseinander. Während die einen diese Organisation als terroristisch erachten, äussern andere sich skeptisch, da sie es als Einschüchterungsversuch der Regierung Erdogans gegenüber seinen politischen Gegner sehen. Öktem stellt hier die Frage, ob die türkische Justiz noch imstande ist, diesen Prozess ohne politisch-gesellschaftliche Polarisierung und Eingriffe im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit erfolgreich zu lösen und das Unvertrauen in der Gesellschaft zu beseitigen.

Die Finanzkrise: Was hat sie uns gelehrt?

Öffentlicher Vortrag von Prof. Niklaus Blattner, ehem. Vizedirektor der Schweizerischen Nationalbank

25. August 2009, 18.00 Uhr am Europainstitut Basel, Gellertstrasse 27



Neue Mitarbeiterin: Bozena Hagen

Assistentin für den Fachbereich Recht

Seit Mitte April arbeite ich als Assistentin im Fachbereich Rechtswissenschaft am Europainstitut der Universität Basel. Nach meinem europäisch ausgerichteten Studium der Rechtswissenschaften an der Schlesischen Universität in Polen (M.A.) und an der Universität Mannheim in Deutschland (LL.M.) habe ich

meine juristischen Kenntnisse bereits einige Jahre in der Praxis angewendet. Durch Praktika bei Gerichten, Kanzleien und Unternehmensverbänden in Polen, Deutschland und England konnte ich meinem Interesse an Querschnittsfragen aus Wirtschaft, Politik und Recht nachgehen. Zuletzt habe ich als Haus-

juristin und Rechtsberaterin für ein internationales Handelsunternehmen gearbeitet und freue mich nun sehr, mein Fachwissen und meine bisherigen Erfahrungen in die Zusammenarbeit mit den Dozierenden und Studierenden des Europainstituts einzubringen.

Information

Sonja Ribí, ehemalige Assistentin des Europainstituts im Rechtsbereich, übernimmt in der Nachfolge von NR Remo Gysin, die Geschäftsleitung des Basler Zentrum für die Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (CMDG). Wir wünschen ihr viel Glück und sind stolz, dass in ihrem Curriculum eine EIB-Etappe vorkommt. Zuvor war die Juristin für „Pro Natura“ tätig.

Veranstaltungen

Generalversammlung des Fördervereins des Europainstituts

25. August 2009, 17.30 Uhr

Anschliessend um 18.00 Uhr öffentlicher Vortrag:

„Die Finanzkrise: Was hat sie uns gelehrt?“

Prof. Niklaus Battner, ehem. Vizedirektor der Schweizerischen Nationalbank

Ort: Europainstitut, Gellertstrasse 27

Öffentlicher Vortrag

„Die EU, die Türkei und der Nahe Osten seit 1999“

23. September 2009, 19.15 Uhr
Udo Steinbach, ehem. Leiter des Orientinstituts in Hamburg

Ort: Kollegiengebäude der Universität Basel, HS 120

Organisation: Stiftung Forschungsstelle Schweiz-Türkei und Europainstitut

Öffentlicher Vortrag

„Die Zukunft der Pharmaindustrie in Europa“

12. Oktober 2009, 18.15 Uhr

Heinz Zourek, Generaldirektor der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der Europäischen Kommission

Ort: Aula der Universität Basel

Organisation: Europainstitut, Statistisch-Volkswirtschaftliche Gesellschaft und Handelskammer beider Basel

Diplomfeier

Diplomfeier 2009 des MAS des Europainstituts

18. Sept. 2009, 18.15 Uhr, Alte Aula der Museen, Museum der Kulturen, Augustinergasse 8

Öffentliche Rede im Rahmen der diesjährigen Diplomfeier:

Staatssekretär Dr. Jakob Kellenberger, Präsident des Int. Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), Genf
„Das IKRK vor alten und neuen Herausforderungen“?